

Zeitschrift:	Archäologie der Schweiz : Mitteilungsblatt der SGUF = Archéologie suisse : bulletin de la SSPA = Archeologia svizzera : bollettino della SSPA
Herausgeber:	Schweizerische Gesellschaft für Ur- und Frühgeschichte
Band:	21 (1998)
Heft:	2
Artikel:	Bundesamt für Kultur (BAK) und Eidgenössische Kommission für Denkmalpflege (EKD) : Archäologie und Denkmalpflege auf Bundesebene = L'Office fédéral de la culture (OFC) et la Commission fédérale des monuments historiques (CFMH) : l'archéologie et la sauvegarde des monuments historiques à l'échelle nationale
Autor:	Kaiser, Franziska / Guex, François
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-17115

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 28.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

1987 widmete die Gesellschaft für Schweizerische Kunstgeschichte (GSK) in Erinnerung an das Inkrafttreten der ersten Rechtsgrundlagen für die Tätigkeit des Bundes in der Denkmalpflege und in der Archäologie im Jahre 1887 eine Sondernummer der Zeitschrift »Unsere Kunstdenkmäler« dem Thema 100 Jahre »Denkmalpflege der Eidgenossenschaft«. 1998 gibt das 150jährige Jubiläum des Bestehens des Bundesstaates erneut Anlass, auf nunmehr 111 Jahre (offizielle) Denkmalpflege und Archäologie der Eidgenossenschaft zurückzublicken und neue Perspektiven aufzuzeigen. Dabei darf festgestellt werden, dass im letzten Jahrzehnt durch die Eingliederung von Denkmalpflege und Archäologie in das Bundesgesetz vom 1. Juli 1966 über den Natur- und Heimatschutz (NHG) nochmals ein wichtiger Schritt vollzogen worden ist. Die Vereinheitlichung der gesetzlichen Grundlagen bildet die Basis für eine ganzheitliche Be- trachtung und Entwicklung der Landschaft unter Berücksichtigung aller Bereiche des Natur-, Landschafts- und Heimatschutzes. »Heimatschutz« wird dabei heute nicht mehr als ein Teilbereich verstanden, der sich vor allem der »bäuerlichen Baukultur und jenen Objekten [widmet], die ihren Wert aus der Stellung im Orts- und Landschaftsbild schöpfen« (R. Munz in der Sondernummer »100 Jahre Denkmalpflege«), sondern gilt als übergeordneter Be- griff für diejenigen Disziplinen, die sich mit der Erforschung, dem Schutz und der Pflege des baulichen Erbes und der historisch bedeutsamen Orte befassen, also der Ar-

chäologie, der Denkmal- und Ortsbildpflege.

Die Unterstützung archäologischer Aus- grabungen war von allem Anfang an ein wichtiger Posten bei der Verteilung des 1886 von den eidgenössischen Räten be- schlossenen und ab 1887 zur Auszahlung gelangenden jährlichen Kredites für die Beteiligung des Bundes am Erwerb und an der Ausgrabung, Erforschung, Konservie- rung und Restaurierung von Baudenkmälern. Ab 1892 figurierten die Ausgra- bungen in Augst, später Avenches, Marti- gny, St. Maurice und Vindonissa regel- mässig auf der Liste der unterstützten Objekte. Für den Einsatz der Bundessubventionen zuständig war zunächst der Vorstand der (privaten) »Schweizerischen Gesellschaft für Erhaltung historischer Kunstdenkmäler«, der späteren GSK. 1915 wurde dieses Gremium durch eine vom Bundes- rat einberufene ausserparlamentarische Kommission, die »Eidgenössische Kom- mission für historische Kunstdenkmäler« (seit 1958 »Eidgenössische Kommission für Denkmalpflege« EKD) abgelöst. Im Milizsystem betreute die EKD während Jahrzehnten die durch Bundeshilfen unter- stützten Ausgrabungen und Restaurierun- gen. Obwohl die Tätigkeit des Bundes auf- grund des Prinzips der Kulturhoheit der Kantone, das in der Verfassung verankert ist, nur subsidiär sein kann, übernahmen die Mitglieder der Kommission als Exper- ten vor Ort oft die Leitung der Arbeiten, da es bis nach dem zweiten Weltkrieg in der ganzen Schweiz noch kaum kantonale

Fachstellen für Archäologie und Denkmal- pflege gab. In einzelnen Teilbereichen wie zum Beispiel der Mittelalterarchäologie fehlten in den Kantonen noch lange Zeit die Kapazitäten. Die Experten des Bundes trugen hier bis weit in die 1970er-Jahre die alleinige Verantwortung für fachgerechte Grabungen und Bauuntersuchungen als Grundlage für die spätere Restaurierung.

1962 nahm das Volk den sogenannten Natur- und Heimatschutzartikel (Art. 24 se- xies) in die Verfassung auf. Der neue Artikel und das 1966 erlassene Bundesgesetz vom 1. Juli 1966 über den Natur- und Heimatschutz (NHG) gaben dem Bund nicht nur eine verfassungsmässige Grundlage für sein seit 1887 bestehendes finanzielles und fachliches Engagement für die Denk- malpflege und die Archäologie, sondern erlegten ihm auch Pflichten auf. In Artikel 3 NHG verpflichten sich der Bund, seine An- stalten und Betriebe, dafür zu sorgen, dass bei der Erfüllung ihrer Aufgaben »das heimatliche Landschafts- und Ortsbild, ge- schichtliche Stätten sowie Natur- und Kul- turdenkmäler geschont werden und, wo das allgemeine Interesse an ihnen über- wiegt, ungeschmälert erhalten bleiben.« Die neuen Verantwortungsbereiche des Bundes, aber auch die veränderte Situa- tion in den Kantonen, welche im Verlaufe der Jahre eigene Denkmalpflege- und Ar- chäologiestellen aufgebaut hatten, erforderten schliesslich eine Neustrukturierung der Organe auf Bundesebene. 1989 wurde das Bundesamt für Kultur (BAK) in sei- ner heutigen Form, bestehend aus den drei Bereichen Kulturförderung, Schweizerische Landesbibliothek und Schweizerisches Landesmuseum, geschaffen und mit der Gestaltung einer umfassenden Kul- turpolitik des Bundes beauftragt. Das BAK wurde als Fachstelle des Bundes für die Denkmalpflege bestimmt und 1993 ent- stand die Sektion Heimatschutz und Denkmalpflege als eigenständige Organi- sationseinheit (parallel zur Sektion Kunst und Gestaltung, welche für die Förderung des zeitgenössischen Kunstschaaffens durch den Bund verantwortlich ist).

Noch bestanden jedoch unterschiedliche gesetzliche Grundlagen für die Denkmal- pflege und die Archäologie einerseits, den



Abb. 1
Martigny VS. Römische Ausgra- bungen in Les Morasses in den Jahren 1896/97.
Foto: Eidgenössisches Archiv für Denkmalpflege.
Martigny VS: fouilles gallo-romaines sur le site des Morasses, dans les années 1896/97.

Landschaftsschutz und den Heimatschutz - worunter, wie eingangs erwähnt, die ländliche Denkmalpflege und der Ortsbildschutz verstanden wurden - andererseits. Obwohl Kulturdenkmäler bereits seit 1966 Gegenstand des NHG waren, blieb die Verordnung von 1958 über die Förderung der Denkmalpflege noch 30 Jahre lang in Kraft. 1996 wurde durch die Revision des NHG diese Vereinheitlichung auf Gesetzesebene vollzogen. Im gleichen Jahr ratifizierte der Bund die Konventionen des Europarates zum Schutz des archäologischen und des baugeschichtlichen Erbes (Konventionen von Malta und Granada) - ein weiterer wichtiger Pfeiler für eine umfassende, von Bund und Kantonen gemeinsam getragene Natur- und Heimatschutzpolitik in der Schweiz.

Das revidierte NHG bestätigt die bestehenden Aufgaben des Bundes: die Verantwortung für die Schonung des Natur- und Kulturerbes bei seiner eigenen Tätigkeit (Bundesaufgaben) einerseits, die fachliche und finanzielle Unterstützung der denkmalpflegerischen und archäologischen Tätigkeit der Kantone (im Sinne des Subsidiaritätsprinzips) andererseits. Drittens liefert das revidierte Gesetz aber auch die Grundlage für ein verstärktes Engagement des Bundes bei der Unterstützung von Forschungsvorhaben, bei der Aus- und Weiterbildung von Fachleuten und in der Öffentlichkeitsarbeit (Artikel 14a NHG). Gerade für diese Bereiche ist ein Zusammenspannen der Kräfte und ein koordiniertes Vorgehen in unserem doch eher kleinen Land heute unumgänglich geworden.

Die Aufgaben des Bundes im Bereich der Archäologie und der Denkmalpflege werden durch das Bundesamt für Kultur und die Eidgenössische Kommission für Denkmalpflege wahrgenommen. Als Behörde ist das Amt für den Gesetzesvollzug verantwortlich, als Fachstelle Partner der Bundesstellen und -betriebe für Fragen der Denkmalpflege, der Archäologie und des Ortsbildschutzes. Die EKD berät als unabhängige Fachkommission den Bund in grundsätzlichen Fragen der Denkmalpflege und der Archäologie und gibt bei wichtigen Objekten und Projekten ihre fachliche Stellungnahme ab. Darüber hinaus pflegt sie die Zusammenarbeit und den wissenschaftlichen Austausch mit allen interessierten Kreisen und kann in besonderen Fällen auch auf Ersuchen der Kantone oder Dritter Gutachten erstellen.

Die Ausgestaltung des Zusammenwirkens zwischen den kantonalen Fachstellen, dem

BAK und der EKD wurde bei der Revision des Gesetzes, das den Rahmen für die Tätigkeit des Bundes bildet, in manchen Punkten neu diskutiert. Wesentlich ist, dass Denkmalpflege und Archäologie als Verbundaufgabe zwischen dem Bund und den Kantonen anerkannt bleiben und von allen Beteiligten als gemeinsame Anstrengungen für ein gemeinschaftliches kulturelles Erbe wahrgenommen werden. Dabei wird es immer auf die Menschen ankommen, die ein Unternehmen beleben, seien das nun auf Stufe Bund das BAK als Amtsstelle, die EKD als Fachkommission, ihre Mitglieder und Konsulenten als vom Bund gestellte Experten, seien es die Kantonsarchäologen oder andere Archäologinnen und Archäologen, einzeln oder über ihre Verbände und Arbeitsgemeinschaften. Während das Subventionswesen ganz klaren Abläufen folgen muss, sind das Nehmen und Geben im fachlichen Bereich dem Mitwirken aller Beteiligten anvertraut. Es gibt hier keine Hierarchie; niemand hat das Monopol für gute Ideen und gute Lösungen.

Weil der Ausdruck »Archäologie« in den genannten Rechtsgrundlagen fehlt, möchte mancher zünftige Archäologe sich lediglich beiläufig »mitgemeint« fühlen. Die Lage der Ausgräberin, die einen Tumulus forschend zerstört, ist eben doch eine andere als die des Denkmalpflegers, der unter möglichster Wahrung der Substanz eine Kirche restauriert. Trotz unterschiedlicher Blickwinkel und anderer Akzentsetzung



teilen Archäologinnen und Archäologen, Denkmalpflegerinnen und Denkmalpfleger die Sorge um die »geschichtlichen Stätten« und die »Kulturdenkmäler«. Wer als Archäologe kein Verständnis hat für den Vorrang der Erhaltung vor der Erforschung, ist ein kurzsichtiger Egoist. Wer als Denkmalpfleger in der Archäologie nur zerstörerische Neugier sieht, überschätzt sich und verkennt einen Teil der historischen Dimension. Dass diese polemisch formulierten Karikaturen nicht Realität sind, ist unser Glück. Dass die sachliche Auseinandersetzung mit dem Denkmal im Vordergrund steht, ist die Aufgabe aller. BAK und EKD suchen gemeinsam, ihren Beitrag an die Weiterentwicklung auch der Archäologie zu leisten. Als ausserparlamentarische Kommission mit einer gewissen Unabhängigkeit von alltäglichen Rücksichten kann gerade die EKD durch die Verbindung von Theorie und Praxis hier eine besondere Rolle übernehmen.

Franziska Kaiser, Dienst
Denkmalpflege und Archäologie, BAK
Sekretärin EKD
François Guex, Vizepräsident EKD

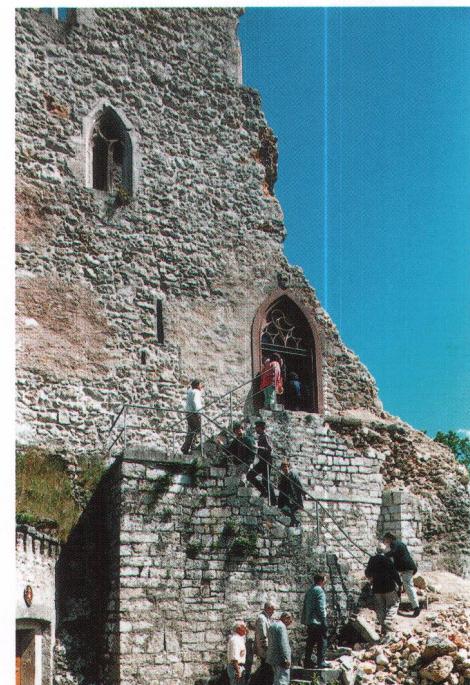


Abb. 2
Büscherach SO, Burgruine Neu-Thierstein. Anlässlich ihrer Sitzung vom 1. Juli 1997 hat die EKD eine Besichtigung der im März des Jahres teilweise eingestürzten Burgruine Neu-Thierstein vorgenommen. Neben der Problematik der Sanierung von Ruinenmauerwerk wurde auch die grundsätzliche Frage des Wiederaufbaus der Burgruine - die in der Landschaft die Funktion eines Wahrzeichens einnimmt - diskutiert.
Foto: G. Mörsch.
Büscherach SO, ruines du château de Neu-Thierstein. A la suite de la séance du 1er juillet 1997, la CFMH a entrepris une visite de Neu-Thierstein, dont une partie s'était écroulée en mars. Ce site illustre bien les questions liées à la restauration et à la restitution d'un monument à caractère emblématique.

L'Office fédéral de la culture (OFC) et la Commission fédérale des monuments historiques (CFMH): l'archéologie et la sauvegarde des monuments historiques vues par la Confédération

1987 marquait la commémoration de l'entrée en vigueur des premières bases légales définissant le rôle de la Confédération dans le domaine de l'archéologie et de la protection des monuments historiques. A cette occasion, la Société d'Histoire de l'Art en Suisse (SHAS) consacrait un numéro spécial de la revue »Nos monuments d'art et d'histoire« au thème »100 ans de conservation des monuments au sein de la Confédération«. En 1998, les festivités du 150ème anniversaire de l'Etat fédéral coïncident avec plus de 111 années officielles d'archéologie et de sauvegarde des monuments historiques sur le plan fédéral, et elles permettent de tracer de nouvelles perspectives. L'intégration de la sauvegarde des monuments historiques et de l'archéologie à la *Loi fédérale sur la protection de la nature et du paysage (LPN)* du 1er juillet 1966 a permis d'effectuer un grand pas en avant au cours de la dernière décennie: cette harmonisation des bases légales a permis d'élargir la notion de développement du paysage au patrimoine culturel, dépassant par là le seul concept de »Heimatschutz«. Aujourd'hui, le développement de l'environnement naturel et bâti inclut les disciplines liées à l'étude, à la protection ainsi qu'aux mesures de conservation du patrimoine architectural et

des sites évocateurs du passé, soit l'archéologie, les monuments et les sites construits. De ce fait, on dépasse largement la définition de »Heimatschutz« que faisait R. Munz en 1987 (»patrimoine architectural paysan ou objets puisant leur valeur dans leur position dans des paysages et des localités caractéristiques«, in »100 ans de conservation des monuments au sein de la Confédération«).

Dès la première heure (1886), l'archéologie a largement bénéficié des crédits annuels alloués dès 1887 par les Chambres: la Confédération s'engageait financièrement à contribuer à l'acquisition de monuments historiques, aux fouilles, à la recherche, à la conservation et à la restauration. En 1892, Augst comptait parmi les premiers sites à bénéficier des crédits fédéraux, suivi plus tard d'Avenches, de Martigny, de St. Maurice et de Vindonissa, qui figurent fréquemment sur la liste des objets soutenus financièrement par la Confédération. Dans un premier temps, c'est le comité de la Société suisse pour la conservation des monuments historiques, un organisme privé qui deviendra la SHAS, qui fut chargé de la distribution des subventions. En 1915, cet organe a été remplacé par une commission extra-parlementaire

désignée par le Conseil fédéral, la Commission fédérale des monuments historiques (CFMH). Dans le cadre du système de milice, la CFMH s'est occupée durant des décennies de fouilles et de travaux de restauration soutenus par les crédits fédéraux. Le principe de souveraineté des cantons dans le domaine culturel est inscrit dans la constitution, reléguant l'activité de la Confédération au second plan. Toutefois, en tant qu'experts, les membres de la Commission ont fréquemment pris en charge la direction locale des travaux: rappelons en effet que, jusqu'à la Seconde Guerre mondiale, seuls quelques rares services cantonaux (monuments historiques ou archéologie) existaient en Suisse et que, pour l'archéologie médiévale, la situation devait rester précaire durant bien des années encore. Jusque à la fin des années septante, les experts fédéraux ont donc souvent porté seuls la responsabilité de fouilles ou d'analyses architecturales qui devaient permettre par la suite d'entreprendre des travaux de restauration.

En 1962, le peuple fit inscrire l'article sur la protection de la nature et du paysage (art. 24, *sexies*) dans la Constitution. Ce nouvel article, puis la loi fédérale du 1er juillet 1966 sur la protection de la nature et du

Abb. 3

Tomils GR, Sogn Murezi.
Dreiapsidenkirche, vermutlich aus karolingischer Zeit mit Vorgängerbau aus dem 6. oder 7. Jahrhundert, ausgegraben 1995-96.
Dank der Zusammenarbeit zwischen dem Bundesamt für Landwirtschaft, dem Bundesamt für Kultur und den zuständigen kantonalen Stellen konnte verhindert werden, dass die Fundstelle durch eine landwirtschaftliche Erschliessungsstrasse überdeckt wird.

Foto: Archäologischer Dienst Graubünden.

Tomils GR, Sogn Murezi. Eglise à trois absides, probablement d'époque carolingienne, avec des bâtiments antérieurs remontant au 6ème ou au 7ème siècle, fouillée en 1995-1996. Grâce à la collaboration entre l'Office fédéral de l'agriculture, l'Office fédéral de la culture et les autorités cantonales compétentes, on a pu éviter que le site soit défiguré par le passage d'une route de raccordement.





paysage (LPN), conféraient enfin à la Confédération les bases constitutionnelles devenues indispensables à un engagement financier et un personnel spécialisé existant dans la pratique depuis 1887 déjà. S'y associaient également des devoirs: l'article 3 de la LPN stipule en effet que »les autorités, services, instituts et établissements fédéraux ainsi que les cantons doivent, dans l'accomplissement des tâches de la Confédération, prendre soin de méner l'aspect caractéristique du paysage et des localités, les sites évocateurs du passé, les curiosités naturelles et les monuments historiques et, lorsque l'intérêt général prévaut, d'en préserver l'intégrité«. Les nouvelles responsabilités de la Confédération, la situation des cantons - au cours des ans, nombre d'entre eux avaient mis sur pied leur propre service archéologique et de protection des monuments historiques - rendaient inévitable une restructuration de l'organisme sur le plan fédéral. Ce pas fut effectué en 1989, avec la création de l'Office fédéral de la culture (OFC) dans sa forme actuelle, englobant trois domaines: l'encouragement de la culture, la Bibliothèque nationale suisse et le Musée national suisse. La mission de l'OFC réside dans la mise au point d'une politique culturelle globale et cohérente, lui conférant ainsi le rôle d'office fédéral spécialisé dans la protection des monuments. En 1993 naissait la Section du patrimoine culturel et des monuments historiques, une unité organisationnelle propre, parallèlement à la Section des beaux-arts et des arts appliqués, qui est responsable de l'encouragement de l'art contemporain par la Confédération.

Toutefois, les bases légales visant à assurer d'une part la protection du patrimoine et de l'archéologie, d'autre part la protection du paysage et du patrimoine culturel, n'étaient pas encore homogènes. Bien que les monuments culturels soient intégrés à la LPN depuis 1966, l'Ordonnance de 1958 sur l'encouragement de la conservation des monuments historiques devait rester en vigueur durant 30 années encore. En 1996, la révision de la LPN permit enfin l'harmonisation légale tant attendue. La même année, la Confédération ratifia les Conventions du conseil de l'Europe pour la protection du patrimoine archéolo-

gique et architectural (Conventions de Malte et de Grenade) - un autre pilier d'une politique globale de protection de la nature et du paysage, portée à la fois par la Confédération et par les cantons.

La révision de la LPN confirme la Confédération dans ses devoirs à l'égard de la protection du patrimoine naturel et culturel, lors des activités qui lui sont propres (tâches de la Confédération), et dans le cadre du soutien spécialisé et financier aux cantons. Enfin, la révision de la loi a également jeté les bases d'un engagement accru de la Confédération, en lui accordant la possibilité d'allouer des subventions afin de promouvoir des projets de recherche, la formation et le perfectionnement de spécialistes, ainsi que les relations publiques (article 14a LPN). L'union des efforts dans ce domaine et le rôle de coordinateur assuré par la Confédération sont devenus indispensables dans le petit pays qui est le nôtre.

L'Office fédéral de la culture et la Commission fédérale des monuments historiques assument les devoirs de la Confédération dans le domaine de l'archéologie et de la protection des monuments historiques. En sa qualité de partenaire des Offices et des entreprises fédérales pour les questions relevant de la protection des monuments, de l'archéologie et des sites construits, l'Office est responsable de faire appliquer la loi. En tant que commission spécialisée à caractère indépendant, la CFMH conseille la Confédération dans les questions liées au patrimoine historique et à l'archéologie, et prévise lors d'objets ou de projets d'importance. Elle coordonne en outre la collaboration et les échanges scientifiques entre tous les cercles intéressés et peut, sur demande des cantons ou de tiers, fournir des expertises.

La problématique de la coordination entre les services cantonaux, l'OFC et la CFMH a été rediscutée en de nombreux points lors de la révision de la loi. La protection des monuments historiques et l'archéologie sont une mission commune à la Confédération et aux cantons, et tous les partis impliqués doivent pouvoir en reconnaître l'intérêt général. Il va de soi que la réussite

de cette entreprise dépend en grande partie du personnel en place, que ce soit au niveau de l'OFC, de la CFMH, des membres et consultants, des archéologues ou de leurs associations. Si la distribution des subventions ne saurait fonctionner sans règles claires, les avis scientifiques doivent provenir de tous les horizons, sans s'encombrer de principes hiérarchiques: personne ne détient le monopole des bonnes idées ou des solutions adéquates.

Peut-être que, parce que le terme »archéologie« n'apparaît pas dans les bases légales mentionnées plus haut, certains archéologues à l'esprit de corps un peu prononcé se verront déjà réduits à la portion congrue. Il est vrai que la »destruction scientifique« d'un tumulus n'a rien en commun avec la restauration de la substance historique d'une église. Toutefois, bien que l'optique diverge et que d'autres accents soient posés, les archéologues et les conservateurs des monuments historiques partagent le même souci: la conservation des témoins historiques et des monuments culturels. L'archéologue qui ne comprendrait pas les priorités posées par la conservation sur la recherche serait un esprit borné. Le conservateur des monuments historiques qui ne verrait dans l'archéologie qu'une activité destructrice serait un personnage imbu de lui-même et ignorant de toute une dimension historique. Bien heureusement, ces deux portraits ne correspondent pas à la réalité. La connaissance de notre passé est prioritaire: l'OFC et la CFMH s'associent pour contribuer au développement de l'archéologie également. En tant que commission extraparlementaire disposant d'une certaine indépendance par rapport aux avatars quotidiens, c'est bien là un domaine dans lequel la CFMH peut assurer le rôle d'intermédiaire entre la théorie et la pratique.

Traduction: Catherine Leuzinger-Piccard